Bundesschiedskommission

Die Linke

Beschluss, AZ: BSchK/013/2007

in dem Berufungsverfahren
des Antragstellers und Berufungsgegners
gegen
den Antragsgegner und Berufungsführer

hat die Bundesschiedskommission am 15. September 2007 beschlossen:

Auf die Berufung des Berufungsführers wird der Beschluss der Landesschiedskommission vom 3. August 2007 aufgehoben.

Die Sache wird zur Verhandlung und Entscheidung an die neugewählte Landesschiedskommission zu rückverwiesen.

Begründung:

Die Landesschiedskommission hat auf ihrer Sitzung vom 3. August 2007 den Antrag eines Ortsverbandes der LINKEN behandelt, der sich gegen den Beschluss des Übergangslandesvorstandes, die Ortsvereine der Partei aufzulösen, richtet.

Die Landesschiedskommission hat darauf den oben bezeichneten Beschluss gefasst, in dem sie u. a. feststellt „ ... 1. Die Ortsvereine und ihre demokratisch gewählten Sprecher und Vorstände bleiben weiter im Amt. ... 5. Es ist dem kommissarischen Landesvorstand und den Kreisvorständen untersagt, kommissarische Personen, wo auch immer, einzusetzen. Dies kann und darf nur unter der Voraussetzung einer Mitgliederwahl stattfinden. Wir sind eine sozialistische Partei, wo alle und alles demokratisch gewählt wird ... " Hiergegen wendet sich der Berufungsführer und macht geltend, dass aus dem Beschluss keine Hinweise auf einen Antragsteller ersichtlich sind und die Landesschiedskommission daher von sich aus tätig geworden sei. Es seien weder die betroffenen Kreise, noch der kommissarische Landesvorstand informiert bzw. angehört worden.

Aus den der Bundesschiedskommission vorliegenden Unterlagen ist nicht erkennbar, dass in der Sache eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat. Eine solche mündliche Verhandlung ist nach § 9 Abs. 1 der Schiedsordnung allerdings verpflichtend, sofern die Verfahrensbeteiligten keinen Verzicht hierauf erklärt haben. Die betroffenen Kreisverbände und der Übergangslandesvorstand haben erkennbar keinen Verzicht auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung erklärt.

Eine Sachentscheidung ohne mündliche Verhandlung, welche den Verfahrensbeteiligten die Möglichkeit zur Sachverhaltsdarstellung gibt, kann

unabhängig von der in der Sache getroffenen Entscheidung und rechtlichen Wertung keinen Bestand haben. Die Verletzung des Anspruchs der Verfahrensbeteiligten auf rechtliches Gehör führt daher bereits zur Aufhebung der Entscheidung der Landesschiedskommission.

Die Ansetzung einer mündlichen Verhandlung vor der Bundesschiedskommission unterbleibt allerdings, um im Rechtsschutzinteresse der Beteiligten den Grundsatz eines zweistufigen Verfahrens zu wahren. Die Bundesschiedskommission weist den streitigen Fall daher in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 3 der Schiedsordnung an die mittlerweile neu gewählte Schiedskommission im Landesverband zur ordentlichen Behandlung zurück.